



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/106 - 8.5.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Zu Kennans Denkschrift	S. 1
Italien im Wahlkampf	S. 2
Japan und die USA - Atombombenversuche im Pazifik	S. 4
Konkordat oder Kirchenvertrag?	S. 5

"Die scharfe Kante abstupfen"

sp. Die Stimmen, die für eine gründliche Revision der westlichen Deutschlandpolitik eintreten, sind um eine gewichtige Stimme vermehrt worden. Zu Männern, wie dem aussenpolitischen Experten der britischen Labourparty Robens, dem weltbekannteren Historiker Toynbee und dem schwedischen Aussenminister Unden, die die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik für unvereinbar mit Deutschlands Wiedervereinigung und damit für die Errichtung eines dauerhaften Weltfriedens halten, hat sich nun auch George Kennan gesellt. George Kennan bedarf keiner Vorstellung. Als Baumeister der Trumaneschen Aussenpolitik, als früherer USA-Botschafter in Moskau und als aussenpolitischer Experte des präsidenten demokratischen Präsidentschaftskandidaten Stevenson hat sich Kennan eine umfassende Kenntnis der weltpolitischen Strömungen erworben, er kennt persönlich die Mächtigen dieser Welt, von deren Entschlossenheit oder Passivität unser aller Geschick bestimmt wird.

Die Auffassungen Kennans über das, was hinsichtlich der deutschen Lage not tut, sind in einer Denkschrift enthalten, deren Kernsatz lautet:

"Mir scheint, die amerikanische Aussenpolitik sollte darauf abzielen, Deutschland wiederzuvereinigen und dieses Land sobald wie möglich als neutralen Faktor zu etablieren, der die scharfe Kante militärischer Polarität in Europa abstupfen und dazu beitragen

könnte, die Heftigkeit des Konflikts zwischen Ost und West zu mildern."

Solange sich russische und amerikanische Soldaten an Werra und Elbe in das Weisse ihrer Augen sehen, wird es keinen wirklichen Frieden geben und solange das zweigeteilte wiederaufgerüstete Deutschland Bestandteil von einander entgegengesetzten Militärblöcken ist, kann das Tor für die Wiedervereinigung nicht erschlossen werden. Dieses realistische Bild, das Kennan, wenn auch mit anderen Worten, entwirft, entspricht insoweit sozialdemokratischen Vorstellungen, als die deutsche Sozialdemokratie seit dem Beginn der Diskussion um die deutsche Wiederbewaffnung stets eine Lösung befürwortet hat, die dem Westen und dem Osten die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland nimmt.

Kennan hat derzeit keine offizielle Funktion, er schreibt als Privatmann. Aber seine Gedanken werden, wie selbst die, der derzeitigen USA-Administration freundlich gesinnten "New-York-Times" schrieben, die aufmerksam, wenn auch nicht ungeteilte Zustimmung der amerikanischen amtlichen Kreise finden. Sie sind ein neuer und kühner Versuch, die Starrheit der derzeitigen offiziellen amerikanischen Deutschlandposition aufzulockern und neue Wege aufzuzeigen, die geeignet sind, den bisherigen Kreislauf zu durchbrechen. Dieses Bemühen steht freilich in einem aufreizenden Gegensatz zur Bonner Phantasielosigkeit. Hier ist nun gerade dabei, durch die Wiederbewaffnung die "militärische Polarisität in Europa" zu verschärfen, statt sie durch eine neue, auf Verringerung der Intensität des Gegensatzes zwischen West und Ost bedachte Politik abzumildern.

* * *

Auftrag nicht erfüllt

"Der Kanzler befindet sich nicht nur gegenüber der öffentlichen Meinung, sondern auch in seiner Partei in der Defensive. Die Plebiszit-Woge der Wahlen von 1953 ist im Sande verlaufen. Die Bilanz der Ausstrahlung und der Initiativen in der Regierung wie im Lande selbst war in den letzten drei Jahren fast gleich null. Der erdrückende Auftrag, der von der Wählerschaft nicht nur einem Manne, sondern einer Partei gegeben wurde, ist nicht erfüllt worden." ("Le Monde", 29.4.1956)

* * *

Was wird aus den Kommunisten?

PE - Rom, Anfang Mai

In Rom wie in ganz Italien findet am 27. Mai die Neuwahl sämtlicher Gemeindeverwaltungen statt. Das Parlament, das noch eine dreijährige Legislatur vor sich hat, wird direkt nicht berührt, doch sieht man trotzdem allgemein dem Ausgang dieser Wahlen mit grosstem Interesse entgegen. Denn wenn bei Gemeindewahlen auch vielfach rein lokale Gesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen, glaubt man doch, aus den Ergebnissen deutliche Rückschlüsse auf die politischen Stimmungen Italiens ziehen zu können, und dies wird zweifellos nicht ohne Wirkung auf den kommenden Regierungskurs bleiben. Auch könnten, falls die Gemeindewahlen einen "Erdrutsch" in der einen oder anderen Richtung ergeben sollten, die Stimmen derjenigen an Gewicht gewinnen, die einer vorzeitigen Auflösung und Neuwahl der Kammern das Wort reden.

In erster Linie konzentriert sich natürlich die allgemeine Spannung darauf, ob und in welchem Ausmass sich die "Entgottung" Stalins auf den Zwanzigsten Moskauer Parteikongress auf die Zahl der kommunistischen Wähler auswirken wird. Wenn man die jüngsten Betriebsratwahlen in den Turiner Fiatwerken als Symptom werten darf, die mit einer schweren Niederlage der kommunistischen Gewerkschaft endeten, so wäre damit zu rechnen, dass die jüngsten Moskauer Ereignisse die Anfälligkeit der italienischen Massen für den kommunistischen Mythos weitgehend reduziert haben dürften. Andererseits aber stellen die Fiat-Arbeiter die Elite der oberitalienischen Industriearbeiter dar und so dürfte sich bei ihnen die Ernüchterung stärker geltend gemacht haben als etwa bei den politisch weit weniger gereiften süditalienischen Landarbeitern.

Die Nenni-Sozialisten gehen diesmal nicht in einer Einheitsfront mit den Kommunisten in den Wahlkampf, sondern für sich allein. Dies nicht nur darum, weil das neue Wahlgesetz Listenkopplungen in keiner Form zulässt, sondern auch deshalb, weil Nenni offenbar hofft, einen guten Teil der an Togliatti irregewordenen Linkswähler zu sich herüberzuziehen. Ähnliche Hoffnungen, wenngleich in bescheidenerem Rahmen, machen sich auch die Sozialdemokraten unter der Führung Saragats. Ihre Abwendung von Stalin und dessen asiatischen Gewaltmethoden datiert ja nicht - wie die Nennies - erst von gestern, sondern sie hat die politische Haltung der Partei in allen Grundsatzfragen seit Jahren bestimmt. Es

wäre also nur logisch, wenn eine erhebliche Anzahl bisher kommunistischer Wähler unter dem Eindruck der Moskauer Götzenzertrümmerung jetzt den Weg zu der einzigen demokratischen Arbeiterpartei Italiens fände. Inwieweit diese logische Folge sich auch in der konkreten politischen Wirklichkeit bewahrheiten wird, bleibt den Wahlergebnissen vorbehalten.

Die Democrazia Cristiana, die unter der Leitung ihres Parteisekretärs Fanfani in letzter Zeit ihre interne Organisation wesentlich gestrafft und ihre Tätigkeit unter den Wählermassen bedeutend verstärkt hat, erhofft sich hiervon die Rückgewinnung eines erheblichen Teils der Wähler, die ihr im Jahre 1953 untreu wurden. Zugleich aber macht man sich im christlich-demokratischen Lager wenig Illusionen darüber, dass die bürgerlichen Mehrheiten in einigen wichtigen Stadtverwaltungen, die bei den letzten Wahlen nur durch das System der Listenkopplungen gewonnen werden konnten, diesmal stark gefährdet erscheinen. Dies gilt insbesondere von Rom, wo die bisherige vorwiegend christlich-demokratische Rathausverwaltung in den üblen Geruch ausgedehnter Korruption geraten ist und sich gegen die dahingehenden Beschuldigungen der Opposition sehr laut und ungeschickt verteidigt hat.

Trotz der erheblichen Wichtigkeit, die somit dem bevorstehenden Wahlkampf zukommt, ist von einer sonderlichen Anteilnahme der Bevölkerung zumindest in den grossen Zentren sehr wenig zu bemerken. Der bekannte Journalist und Schriftsteller Curzio Malaparte hatte gar nicht so unrecht, als er jüngst in einem Artikel meinte, die Italiener interessierten sich weit mehr für das beliebte Fernseh-Quizprogramm "Lascia o raddoppia", das allwöchentlich Millionen von Enthusiasten vor die Fernsehschirme lockt, als für die bevorstehenden Wahlen. Boshaft und treffend zugleich bemerkte Malaparte überdies, die italienische Rundfunkgesellschaft erweise mit diesem Programm den Kommunisten eine zwar unbeabsichtigte, doch höchst wirkungsvolle Schützenhilfe, indem dadurch das Volk von den jüngsten Ereignissen in Moskau abgelenkt und verhindert werde, gebührend darüber nachzudenken.

* * *

Der Schatten Hiroshimas

mu. Die USA beabsichtigen, im Stillen Ozean eine neue Kernwaffenversuchsserie durchzuführen. Japan will dabei mit Hilfe von 10 000 versiegelten Flaschen feststellen, in welcher Richtung radioaktiv verseuchte Meeresströmungen verlaufen. Dadurch sollen die japanischen Fischer geschützt werden, denn Japan hatte nach den letzten grossen Atomwaffenversuchen der Amerikanier auf dem Bikini-Atoll im Jahre 1954 schlechte Erfahrungen gemacht. Damals waren einige Fischer mit radioaktiv verseuchten Thunfischen und gefährlich strahlendem Ascherregen in Berührung gekommen und lebensgefährlich verletzt worden. Einige starben daran.

Das Problem der gefährlichen Ascherregen und Meeresströmungen wird in der japanischen Öffentlichkeit und Presse in weit grösserem Umfang diskutiert als in der übrigen Welt. Gerade in diesen Tagen vor den neuer amerikanischen Versuchen erinnert die Presse an die Auswirkungen der Atombomben, die den letzten Weltkrieg in Hiroshima und Nagasaki beendeten. Noch immer schleicht der Atomtod durch Hiroshima, wo Atombombenkrüppel in den Krankenhäusern dahinsiechen. In den letzten zwei Jahren sind wiederum über 500 von ihnen gestorben.

Dauernde Erbschäden

Noch weniger in der deutschen Öffentlichkeit sind die grauenhaften Schäden bekannt geworden, welche die überstarken radioaktiven Strahlen von 1945 an den Erbträgern der Bevölkerung der von den Atombomben betroffenen beiden Städten angerichtet haben. Noch im Jahre 1954 sind beispielsweise in Nagasaki von rund 30 000 Geburten etwa 8 500 nicht normal gewesen. Von diesen 8 500, so haben japanische Gynäkologen festgestellt, waren über 3 600 schwachsinzig oder Missgeburten. Eine Reihe dieser bedauernswerten Neugeborenen besass keine Gehirne oder Augen oder andere wiederum verunstaltete Köpfe. Weitere 500 der Neugeborenen kamen tot zur Welt und 4 500 starben gleich nach der Geburt.

Für die japanischen Geburtenwissenschaftler gibt es keinen Zweifel daran, dass diese grauenhaften Ziffern auf die auf Nagasaki abgeworfene Atombombe zurückzuführen sind. Es ist kein Wunder, dass die japanische Öffentlichkeit heute hell wach ist, wenn die millionenfach gefährlicheren Wasserstoffbomben in die Südsee geworfen werden und neben den tödlichen Ascherregen und Meereströmungen auch eine Anreicherung der Atmosphäre mit Radiaktivität nach sich ziehen.

Der Verband amerikanischer Wissenschaftler hat hierzu im Auftrage

der Vereinten Nationen eine Untersuchung im Hinblick auf die Gefährdung der Erbmasse angestellt. Man weiss, dass bereits eine geringe Menge von Radioaktivität unter den Erbträgern eine sprunghafte Veränderung einzelner Gene auslösen kann, welche möglicherweise erst nach Generationen zu Missgeburten führt, wenn derartige deformierte Erbträger zweier Partner aufeinandertreffen. Seit vielen Jahren werden deshalb Röntgenaufnahmen des Brustkorbs möglichst selten und des Unterleibs der Frau in den ersten Schwangerschaftsmonaten überhaupt nicht vorgenommen.

Versuchsreihen von Wissenschaftlern in Amerika haben ergeben, dass es so etwas wie eine kollektive Gefährdung der Gene in der gesamten Bevölkerung gibt. Es ist gleichgültig, ob hundert Menschen einer Strahlungsdosis von zehn Röntgeneinheiten oder eine Million Menschen einer solchen von 0,001 Röntgeneinheiten ausgesetzt werden. Irgendwann treffen die durch den "Neutronenbeschuss" zur sprunghaften Veränderung veranlassten Gene von Partnern doch aufeinander und schädigen das Neugeborene.

Wenn auch die für den einzelnen Menschen lebensgefährliche Menge von Radioaktivität noch nicht ganz feststeht, so fürchtet man in diesen Tagen in der japanischen Öffentlichkeit mehr denn je, dass neben Aschenregen und radioverseuchten Fischen auch die Erbsubstanz der gesamten japanischen Bevölkerung gefährdet werden könnte. Man warnt vor Schäden an der ganzen japanischen Bevölkerung, wie sie die Geburtswissenschaftler auf Grund des ersten Atombombenabwurfs in Nagasaki festgestellt haben.

+ + +

Eine mutige evangelische Stimme

sp. "Man hat mit vollem Recht die leidvolle Geschichte der Konkordate als eine Geschichte von Diskordaten bezeichnet. Und es ist alles andere als frivoler Zynismus, sondern gibt leider eine bittere historische Wahrheit wieder: wenn man das lateinische Wortspiel geprägt hat: "historia concordatorum historia dolorum ecclesiae." "Dolorum" kann nämlich als Genetiv Pluralis sowohl dolores = die Leiden und Betrübnisse, als auch zu doli = die listigen Anschläge oder Täuschungen verstanden werden. Die Geschichte der Konkordate ist zweifellos sowohl eine Geschichte der Betrübnisse und Missverständnisse, denen sich die Papstkirche mit solchen Verträgen aussetzt, als auch eine Geschichte der Betrübnisse und Missverständnisse, denen sich die hingeben, die zu solchen Verträgen die Hand reichen."

Diese mutigen Sätze finden sich in einer Studie über die "Gültigkeit und Zweckmässigkeit des Reichskonkordats" des evangelischen Pfarrers Matthäus Ziegler, die kürzlich als Sonderheft der "Stimme der Gemeinde", der Halbmonatsschrift der Bekenntenden Kirche, erschienen ist. Im Zusammen-

menhang mit der grossen Bundestagsanfrage von Abgeordneten der SPD, FDP und des BHE über die Verfassungsklage der Bundesregierung wegen des Reichskonkordats gewinnt diese Arbeit besondere aktuelle Bedeutung. Der Verfasser beschränkt sich nicht auf eine Untereuchung der Gründe und Gegenstände hinsichtlich der Weitergeltung des Hitlerkonkordats aus dem Jahre 1933, sondern befasst sich darüber hinaus eingehend mit den historischen Voraussetzungen des Verhältnisses von Staat und Kirche und mit dem Charakter von Konkordaten überhaupt. Anhand des Lehrbuches "Institutiones Juris Publici Ecclesiastici" des römischen Kurien-Kardinals Ottaviani gelangt er zu der Feststellung, dass der Vatikan auch heute noch an der Auffassung von der indirekten Unterordnung des Staates unter die Kirche (subordinatio indirecta status ad ecclesiam) und an der daraus folgenden Theorie festhalte, dass Konkordate aus Privilegien bestehen, welche die Kirche dem Staate verleiht. Bei Ottaviani heisst es dazu wörtlich:

"Der Gegenstand der Konkordate sind auf der einen Seite Privilegien, die von der Kirche gewährt werden, auf der anderen Seite aber Verpflichtungen, die vom Staat anerkannt oder neu übernommen werden".

Von dieser grundsätzlichen Sicht her ergibt sich die Frage, ob der Abschluss von Konkordaten, die zudem noch vom Vatikan als unkündbar aufgefasst werden, sich überhaupt mit dem Wesen des modernen säkularen Staates vereinbaren lässt. Denn dem Recht des modernen Staates, in dem Anhänger der verschiedensten Konfessionen und Weltanschauungen leben, kann niemals das Recht einer Gruppe, also auch nicht das kanonische Recht der katholischen Kirche, übergeordnet werden. Ziegler fordert deshalb, das Verhältnis von Staat und Kirchen nicht mehr durch Konkordate, sondern durch förmliche innerstaatliche Kirchenverträge zu regeln. Er schreibt:

"Die Alternative lautet also nicht; Konkordat oder Rechts- und Schutzlosigkeit, sonst wäre ja die evangelische Kirche mit stillschweigender Zustimmung der katholischen Kirche stets recht- und schutzlos, sondern sie kann nur heissen: Konkordat oder Kirchenvertrag".

Aus dieser Einstellung heraus muss die Weitergeltung des Reichskonkordats des Jahres 1933 nachdrücklich abgelehnt werden.

"So wie die Dinge im Augenblick liegen, muss es der evangelischen Volksteil als eine ständige Störung des konfessionellen Friedens und als ein offenes Unrecht empfinden, dass man ausgerechnet das Mutterland der Reformation unter ein Konkordat stellt. Denn Martin Luther hat aus tiefer religiöser und sittlicher Überzeugung heraus das kanonische Recht verbrannt, und heute soll es in Deutschland gültiges Staatsrecht sein. Das konnte nur ein Mensch zulassen, der wie Adolf Hitler, zum Erbe der Reformation kein inneres Verhältnis hatte". + + + Verantwortlich: Peter Rahnau